

## Ja zur Schweiz!

Die 1. August-Feier an der Expo findet ohne Schweizer Fahne statt. Die SVP hat deshalb Bundesrat Schmid für seinen Auftritt am Nationalfeiertag einen Notfallkoffer, u.a. mit Schweizer Fahne überreicht. Im Gegensatz zur Landesausstellung steht die SVP zur Schweiz. **Seiten 2-4**



### Das Gold für die AHV

**Seiten 4-5, 16**

Nationalrat Jürg Stahl erklärt, warum auch Junge von der AHV-Goldinitiative profitieren

### Drogenpolitik

**Seiten 7 und 12**

Die SVP lehnt die Revision des Betäubungsmittelgesetzes ab

### Asyl- und Ausländerpolitik

**Seiten 8-9**

An der DV in Pratteln wurde ein Forderungskatalog "Sicherheit Schweiz" verabschiedet

# Flagge zeigen, Vielfalt respektieren, Freiheit verteidigen!

Als Zustellungsdatum des vorliegenden *SVPja* hat die Redaktion den 2. August 2002 fixiert. Nun ist der 2. August ein besonders interessantes Datum, denn es handelt sich jeweils um den ersten Tag der Bewährung aller guten patriotischen Vorsätze vom Bundesfeiertag.

Ich selbst habe dieses Jahr drei solche Vorsätze gefasst: Flagge zeigen, Vielfalt respektieren, Freiheit verteidigen.

## Flagge zeigen

Wir stehen zum weissen Kreuz auf rotem Grund. Das weisse Kreuz war das Erkennungszeichen der Eidgenossen in der Schlacht bei Laupen 1339 und unter dem weissen Kreuz auf rotem Grund treten wir heute an. Lassen wir unsere Schweizer Fahne im Winde flattern als Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit als Volk und unserer Treue zu diesem Land, seinen Menschen und seinen demokratischen Institutionen! Die Identität der Eidgenossenschaft steht nicht zur Disposition.

## Vielfalt respektieren

Die Schweiz ist die gelebte

Vielfalt in der Einheit. Unsere Vorfahren haben beides ausprobiert, die Einheit ohne echte Vielfalt in der Helvetischen Republik von 1798 und die Vielfalt ohne wirkliche Einheit unter dem Bundesvertrag von 1815. Aus diesen Gegensätzen ist – nicht ohne Irrungen und Wirrungen – jene glückliche bundesstaatliche Synthese geworden, der wir unsere weltweit einmalige politische Stabilität verdanken. Die lebendige Schweiz ist die Schweiz, die in den Kantonen und in den Gemeinden lebt, nicht die Schweiz, die irgendein Schreibtischreformer zu Papier bringt. Die Aufgabe der Gegenwart ist nicht, die gewachsenen Strukturen zu zerstören und damit das Land zu destabilisieren, die Aufgabe besteht vielmehr darin, die Weiterentwicklung des Gewordenen zu fördern, damit es in die Lage versetzt wird, vor den heutigen Herausforderungen zu bestehen.

## Freiheit verteidigen

Unsere politische Existenz ist die Folge der gemeinsam gelebten Freiheit. Diese Freiheit ist das Wesensmerkmal der Schweiz: Wir sind gegen eine zu hohe Steuerlast, weil die Menschen die Verwendung eines möglichst grossen Teil ihres eigenen Geldes selbst bestimmen sollen. Gleichzeitig sind wir uns unserer Verantwortung für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft bewusst. Wir sind gegen Einschränkungen der Medienfreiheit, weil nur das offene Wort garantiert, dass Macht nicht auf die Dauer missbraucht werden kann. Wir sind gegen starke Männer oder starke Frauen, die in der Politik, aber auch in der Wirtschaft, aufgrund eigenen Gutdünkens und ohne Zustimmung der Betroffenen weitreichende oder zu weit reichende Entscheidungen treffen können. Seien wir konsequent und verlangen wir nicht vom Staat Dinge, die er angesichts seiner bewusst knapp gehaltenen Mittel nicht zu leisten vermag. Verlangen wir gleichzeitig auch von den Trägern und den Trägerinnen wirtschaftlicher Macht jene Verantwort-



► Bundesrat Samuel Schmid

tung gegenüber diesem Land und seinen Menschen, die das untrennbare Komplementärstück zur schweizerischen Freiheit ist. Richten wir uns in der politischen Tätigkeit auch in Zukunft auf das Mögliche ein. Ich denke, die drei patriotischen Vorsätze seien ein gültiger Ausdruck dieses Möglichen:

**Flagge zeigen,  
Vielfalt respektieren,  
Freiheit verteidigen!**

*Am Anfang jeder starken  
Werbung steht das Inserat!*

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich den aktuellen *SVPja*-Inseratetarif.  
Telefon 031 302 58 58 oder [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)



## Die SVP steht zur Schweiz

**Unser Land ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Der Bundesrat und eine für unser Land neue Konstellation der politischen Kräfte - einer Zusammenarbeit der Mitteparteien CVP und FDP mit der Linken - liessen sich stark verunsichern und glaubten, sich überall anpassen zu müssen.**

Mit Ausnahme der SVP haben sich die Parteien im Strudel der Ereignisse immer tiefer im Filz verstrickt. Beinahe mit-leiderregend wird die Handlungsunfähigkeit der FDP. Nach dem Swissairdebakel, der Expo und der Rentenanstalt gibt es kaum mehr einen freisinnigen Hoffnungsträger, der nicht irgendwie mit

*Um diesen Staat zu entwickeln, ist es nötig, dass Fehler aufgedeckt und Schwächen korrigiert werden.*

einem angeschlagenen Wirtschaftsunternehmen in Zusammenhang gebracht werden muss. Die sich gerne als staats-tragend bezeichnende Partei hat diesem Land und dem Ansehen der Wirtschaft Schaden zugefügt und schaufelt sich mit ihren in einen Filz aus Politik und Wirtschaft verstrickten Aushängeschildern langsam aber sicher das eigene Grab.

Die CVP, seit langem ohne erkennbaren Kurs, trudelt mit. Sie hat die Skandale ihrer Exponenten im Tessin, Wallis oder in Freiburg zwar erstaunlich gut ausgesessen. Köpfe, die die Partei wieder zu einer führenden Kraft machen könnten, sind aber nicht in Sicht. Im Gegenteil, die Aushängeschilder im Bundesrat haben sich mit ihrer Politik selbst in den eigenen Reihen keine Lorbeeren geholt und dienen zur Zeit eher als schlechtes Bei-

spiel.

Die Linke, nach wie vor von ihrem gestrauchelten Vordenker aus dem Wallis via Zeitungsglossen beeinflusst, ist führunglos. Sie hat das Fiasco bei der Pensionskasse des Bundes, bei der gesamten Verkehrspolitik und der Krankenkasse mitzuverantworten. Die Paktiererei mit den Freisinnigen und der CVP hat sie in die Mitte rutschen lassen, hat Profil und eigene Stärken verwischt und die ursprüngliche Basis verärgert und verunsichert. Nachdem man lange Zeit die Mitteparteien umgarnt und zu zahlreichen Mehrausgaben verleitet hat, versucht man eher wieder etwas Distanz zu gewinnen, das allerdings innerhalb einer auseinanderdriftenden Partei.

### Sich am Bundesfeiertag auf Stärken besinnen

Der Nationalfeiertag ist ein willkommener Anlass, nach vorne zu blicken und Korrekturen einzuleiten. Die Willensnation Schweiz hat ihren Ursprung nicht in griechischen Mythologien, wie es die Expo-Eröffnung glauben machen wollte. Gerade die Expo zeugt von der Orientierungslosigkeit, die Hilflosigkeit und die Ideenlosigkeit unserer intellektuellen Elite. Wer die eigene Herkunft und die Wurzeln verleugnet, hat keine Zukunft.

Die Geschichte unseres Lan-

des ist die eines Volkes, das sich mit unbändigem Freiheitswillen ein hohes Mass an Unabhängigkeit erkämpft und sich ein eigenes, demokratisches und föderalistisches Recht gegeben hat. Nationalheld ist nicht ein Kopfnicker und Anpasser, sondern ein Rebell, der sich die Freiheit erkämpft und dafür sein Leben aufs Spiel setzt. Wie weit haben sich unsere Regierung und die Mehrheit unseres Parlamentes von unserer Geschichte entfernt! Die Unabhängigkeit und Neutralität sollen aufgegeben werden. Freiheit ist ein Begriff, der kaum mehr existiert. Der Bückling vor fremden Hüten gehört zum politischen Alltag. Ihn zu verweigern gilt als politisch nicht korrekt und wird verurteilt. Pioniergeist und der Wille, besser zu sein als andere - Tugenden, die unser Land gestärkt haben - gelten heute als unsolidarisch und egoistisch. Ein gesundes Selbstbewusstsein, der Wille etwas besser zu machen als andere, wird als unmöglich erachtet. Ja, wer so etwas ausspricht, gilt als kaum therapierbar. Wie würden sich wohl unsere Vorfahren in der Welt zu Recht finden, in der Schein mehr gilt als Sein?

### Wurzeln sind für weiteres Gedeihen nötig

Nehmen wir den Nationalfeiertag zum Anlass, uns auf unsere Stärken, auf unsere Wurzeln zu besinnen. Dazu gehört sehr wohl eine gesunde Portion Patriotismus und Heimatliebe. Die Stärke unseres Landes basiert auf der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des Volkes, auf seiner direkten Mitsprache in einem föderalistisch aufgebauten Staat. Um diesen Staat weiter zu entwickeln ist es nötig, dass Fehler aufgedeckt und Schwächen korrigiert werden. In ei-



► Nationalrat Ueli Maurer  
Parteipräsident SVP Schweiz  
Wernetshausen (ZH)

ner Küche, in der es in allen Töpfen kocht und eine verzweifelte Mannschaft versucht, die Deckel zuzupressen, kann nichts Brauchbares entstehen. Stehen wir also zu Fehlentwicklungen und ändern wir sie.

### Wie weit haben sich Regierung und Parlament von unserer Geschichte entfernt!

In den letzten Monaten wurden die Schwächen, die Richtungs- und die Führungslosigkeit dieser Mitte-links Politik aufgedeckt. Hochgejubelte Strahlemänner und -frauen landen unsanft auf dem Boden der Realität. Schwierigkeiten in der Wirtschaft sowie handlungsunfähige, im Filz gefangene Bundesratsparteien rufen nach einer Richtungsänderung.

Die SVP ist zur Zeit die einzige politische Kraft, die ungeschminkt Probleme auf den Tisch legt und auch Lösungen aufzeichnet. Wer an den heutigen Zuständen etwas ändern will, wählt daher SVP. Die Schweizerische Volkspartei ist die Partei für mehr Schweiz, mehr Unabhängigkeit und mehr Freiheit. ◀



# 1. August-Notfallkoffer für BR Schmid

**(SVP) Am 1. August wird Bundesrat Samuel Schmid als offizieller Redner an der Expo in Biel eine Ansprache halten. Nachdem die Veranstaltung in einer „schweizerkreuzfreien“ Zone stattfinden soll, sah sich die SVP veranlasst, Bundesrat Schmid einen 1. August-Notfall-Koffer zu überreichen.**

Bundesrat Samuel Schmid, bekennender Schweizerkreuz Fan, soll am 1. August an einer „anti-nationalistischen, anti-rassistischen und anti-sexistischen“ Veranstaltung teilnehmen (vgl. [www.august02.ch](http://www.august02.ch)). Die von der Expo beauftragten Theaterschaffenden wollen an der Feier nach eigenen Aussagen „keine Fahnen dulden“. Ihre Aufführung soll in einem „schweizerkreuz-

freien Raum“ stattfinden.

SVP-Präsident Ueli Maurer und Generalsekretär Gregor A. Rutz überreichten am 11. Juli aus diesem Anlass Bundesrat Schmid einen Notfall-Koffer, welcher sämtliche nötigen Utensilien für schweizerkreuzfreie Räume wie auch andere Anlässe, an welchen keine Schweizerfahne vorhanden ist, enthält. Der besagte

Schweizer Koffer ermöglicht Bundesrat Schmid, bei jedem Auftritt und in jeder anderen Lage seinen magistralen Pflichten nachzukommen, schweizerkreuzarme Situationen zu meistern.

Der Koffer enthält neben einer grossen Schweizer Fahne, einem Schweizer T-Shirt und einer Schirmmütze u.a. Schweizer Kerzchen, damit der Expo-Leitung auch einmal ein Licht aufgeht, wie auch Schweizer Servietten, damit man sich an Steineggers Expo-Bratwurst nicht die Finger verbrennt. Zudem wurde Samuel Schmid ein rotes Windrad mit Schweizerkreuzchen überreicht, das in der warmen Luft, welche die Expo-Kulturschaf-

fenden produzieren, wunderbar funktioniert.

Der Entscheid, den 1. August ohne Schweizerfahnen zu verbringen, zeigt, dass die Expo doch nicht für die Schweizer Bevölkerung geschaffen wurde. Die SVP als Regierungspartei sieht sich veranlasst, das Schweizerkreuz wieder an seinen Platz zu stellen. Eine Landesausstellung soll dem nationalen Zusammenhalt dienen und so die Schweiz stärken. Die SVP ruft die Expo-Verantwortlichen auf, die Expo nicht zu einem Tummelplatz für seichte Provokationen weltfremder Künstler werden zu lassen. ◀

## Volksabstimmung AHV-Goldinitiative

## Bildung des Abstimmungskomitees

# «Gewerbe für tiefere Steuern»

Das Gewerbekomitee «für tiefere Steuern» setzt sich ein für weniger Steuern und einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort. Deshalb unterstützt das Gewerbekomitee die AHV-Goldinitiative, welche am 22. September 2002 zur Abstimmung kommt. Das Gewerbekomitee setzt sich für den eindeutigen Zweck ein, dass die Erträge der überschüssigen Goldreserven vollumfänglich der AHV zugute kommen. Mit der AHV-Goldinitiative können folgende Vorteile für das Gewerbe und die Wirtschaft erzielt werden:

- Aus dem Ertrag des Goldfonds fließen jährliche Beiträge von rund 1 Milliarde Franken in die Finanzierung der AHV.
- Die Finanzierung der AHV ist bis mindestens im Jahr 2012 ohne Mehrwertsteuererhöhungen oder zusätzliche Lohnnebenkosten gesichert.
- Tiefere Steuern ermöglichen mehr Investitionen und Konsum.
- Das Volksvermögen kommt auf die gerechteste Art und Weise dem Volke zugute.
- Wir beugen uns keinerlei Erpressungsversuchen aus dem Ausland.

**Für einen erfolgreichen Abstimmungskampf brauchen wir Ihre Unterstützung. Helfen Sie mit. Setzen Sie sich ein für einen attraktiven und konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort mit weniger Steuern. Unterstützen Sie unser Komitee. Jede Hilfe ist willkommen.**

228.2.2

## Ich mache mit im Komitee «Gewerbe für tiefere Steuern – Ja zur AHV-Goldinitiative»

Name / Vorname: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Wohnort / PLZ: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Firma / Funktion: \_\_\_\_\_

Datum, Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden bis am 20. August 2002 an: Gewerbekomitee «für tiefere Steuern», Postfach 1013, 8021 Zürich, PC 17-60000-6.

Die Mitgliedschaft im Komitee ist mit keinerlei finanziellen oder anderen Verpflichtungen verknüpft.

Co-Präsidium: Nationalrat Peter Spuhler, TG und Nationalrat Bruno Zuppiger, ZH.



# Jetzt erst recht! JA zur AHV-Goldinitiative!

Die AHV-Goldinitiative der SVP ist aktueller denn je und ein JA dazu wird immer wichtiger, wenn wir die wirtschaftlichen Entwicklungen und Machenschaften gewisser Spitzenmanager der letzten Monate genau betrachten. Insbesondere für den Mittelstand ist es von grosser Wichtigkeit, dass die Schweiz endlich wieder ein Zeichen setzt, um den tragenden Elementen, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft, den Rücken zu stärken.

Die arbeitende Bevölkerung wird durch Lohnabzüge und die Gesamtbevölkerung durch Mehrwertsteuer-Prozente immer mehr belastet. Dazu kommt eine zunehmende Tendenz zu „verursachergerechten“ Gebühren, ohne die allgemeinen Steuern entsprechend zu senken. In der Summe haben Steuern, Gebühren und Abgaben – ganz zu schweigen von den fortlaufend steigenden Krankenkassenprämien – die Grenze des Verkraftbaren überschritten.

### Mehrwertsteuererhöhungen so spät wie möglich

Eine erneute Mehrbelastung durch eine frühzeitige Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der AHV - wie vom Nationalrat bereits beschlossen - würde unweigerlich dazu führen, dass diese Grenze noch weiter überschritten würde! Mit der AHV-Goldinitiative kann diese Mehrwertsteuererhöhung um Jahre hinausgeschoben werden. Das ist gerade für den Mittelstand, aber auch für die jüngere Generation – welche noch wenig Ersparnis auf der

Seite hat – eine erhebliche Entlastung. Die Gegner der Initiative haben wohl vergessen, dass die 1000 Millionen, die durch die verhinderte Mehrwertsteuererhöhung jedes Jahr nicht bezahlt werden müssen, der breiten Öffentlichkeit dienen. Offensichtlich wollen sie lieber mit vollen Händen Geld verteilen, als mit Mass und gesundem Menschenverstand die Schweizer Bevölkerung profitieren lassen.

### Es profitieren ALLE!

Von diesem Beitrag zur Sicherung der AHV profitieren alle Menschen in unserem Land! Auch für die Jüngeren ist es wichtig, dass die Renten gesichert sind. 50% der Bevölkerung ist unter 40 Jahre alt; der Zeithorizont der AHV-Entwicklung von 25-50 Jahren trifft also einen wesentlichen Teil in der Schweiz! Es ist gerade für die Jugendlichen wichtig, dass es eine Chance gibt, das wichtigste Sozialwerk nicht nur ein Leben lang zu finanzieren, sondern auch einmal davon in Form einer Rente profitieren zu können.

Die verschiedenen Generationen können dank der AHV-Goldinitiative einen weiteren Schritt machen, um den drohenden Konflikt durch die Probleme der demographischen Entwicklung zu verhindern.

### Hypothek für nächste Generationen verhindern

Würde hingegen der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament angenommen, wäre kaum zu verhindern, dass bald einmal der Ausbau und damit weitere Geldmittel für die sog. Solidaritätsstiftung gefordert würden. Es kann den jüngeren Generationen keinesfalls zugemutet werden, dass in Zukunft in der Solidaritätsstiftung Milliarden versickern und das so dringend benötigte Geld für die AHV-Finanzierung und andere Aufgaben auf der Strecke bleiben. Zu den generellen Aufgaben des Bundes, zu all den kranken Sozialversicherungen und den grossen staatlichen Schuldenbergen würde uns auch noch



► Nationalrat Jürg Stahl, Winterthur (ZH)

Seit Kurzem ist NR Jürg Stahl der Nachfolger von NR Peter Föhn als Präsident der Sportkommission der SVP Schweiz. Für Fragen, Anregungen und Ideen rund um den Sport steht Ihnen der neue Präsident unter [nationalrat@juergstahl.ch](mailto:nationalrat@juergstahl.ch) oder Jürg Stahl, Zürcherstr. 125, 8406 Winterthur zur Verfügung.

eine weitere schwere Bürde aufgelastet. Die Unabhängigkeit der Schweiz wäre nicht mehr garantiert und die Erpressbarkeit würde neue – wahrscheinlich immer unverfrorenere – Begehrlichkeiten hervorrufen, was die jüngsten Beispiele bereits zeigen. ◀

*„Die AHV-Goldinitiative ist und bleibt für alle Schweizerinnen und Schweizer ein Gewinn; Ältere und Jüngere profitieren genauso wie der Mittelstand. Danke für Ihr JA!“*


**VICTORINOX**
**Neu im SVP Shop:  
Original Victorinox Offiziersmesser  
mit 12 Funktionen**

..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten    franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--


**Fr. 20.--**

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

 Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)

 E P O 2  
Produkt-Partner

EDELWEISS

 Gas geben! [www.erdgas.ch](http://www.erdgas.ch)

 erdgas 

## Impressum SVPja

**Herausgegeben von der  
Stiftung SVP-Parteizeitung**
**Erscheint 12 Mal im Jahr**
**Verantwortlich für die Redaktion:**

 Dr. Yves Bichsel, Tel. 031 302 58 58, [bichsel@svp.ch](mailto:bichsel@svp.ch)
**Anzeigenverwaltung:**

 Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)
**Postadresse:**

 Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26  
 Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)
**Abonnementspreise:**

 Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
 Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

**Bankverbindung:**

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

**Druck:**

 Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen  
 Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

**Adressänderungen:**

siehe Adresse "Druck"



## Ungleiche Ellen

**Die Stossrichtungen im Dopingwesen und in der Drogenpolitik weisen in ganz unterschiedliche Richtungen. Während man im Sport fast täglich irgendwelche Doping-sünder an den Pranger stellt, setzt sich die Drogenlobby in Zusammenhang mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes für die Liberalisierung, Entkriminalisierung und Drogenfreigabe ein.**

Seit dem 1. Januar 2002 werden Dopingvergehen nach den im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport festgehaltenen Bestimmungen kontrolliert und geahndet. Die Massnahmen gegen die Einnahme verbotener Substanzen zur Leistungssteigerung im Sport sind in letzter Zeit deutlich verschärft und die Kontrollen dauernd angepasst und optimiert worden. Die vielen Meldungen über ertappte Betrüger - oder in Einzelfällen wohl auch nachlässige Medikamentenschlucker - zeigen auf, dass der Sport keine heile Welt ist. Es kommt jedoch niemandem in den Sinn, in Zukunft auf Dopingkontrollen zu verzichten und die verbotenen Substanzen einfach freizugeben. Mit einer solchen Massnahme würde nämlich vielen von falschem Ehrgeiz besessenen Sportlern der Freipass zur Zerstörung ihres Körpers erteilt. Allzu viele würden dann wohl ihre Höchstleistung statt

durch gezieltes Training mit der richtigen Spritze oder mit einer besonderen Pillen-Mixtur anstreben. In einzelnen Sportarten könnten dann die Menschen gleich durch Roboter ersetzt werden.

Ganz anders läuft die Sache hingegen im Drogenbereich. Dort gibt der Bundesrat mit dem Vorschlag zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes ein Signal, das in die entgegengesetzte Richtung weist. Das bisherige Verbot soll aufgehoben werden, so dass der Einstieg in die Drogensucht erleichtert und die Prävention erschwert würde. Jedes Verbot hat nämlich auch eine präventive Wirkung. Der Staat setzt bei der jetzigen Gesetzgebung ein klares Zeichen: Drogen sind gefährlich, Drogen gefährden die Gesundheit, Hände weg, fang niemals damit an. Wenn das Verbot wegfällt, werden auch die Möglichkeiten der Hilfeleistungen für Eltern, Lehrkräfte und Erzieher

erschwert, denn mit dem Verbot fallen auch gleich die Schranken.

Es ist erstaunlich, wie verharmlosend der Konsum sogenannt weicher Drogen dargestellt wird. Wenn man gewisse Werbeschriften für die Freigabe von Cannabis liest, bekommt man fast den Eindruck, ein jugendlicher Körper brauche diese Substanz für seine Entwicklung. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Ob legal oder illegal, Cannabis-konsum ist gesundheitsschädigend, rausch- und suchterzeugend. Da der Cannabis-raucher tiefer inhaliert, den Rauch länger in der Lunge behält und zudem ohne Filter raucht, ist die Gesundheitsgefährdung beim Rauchen von Cannabis um ein Vielfaches höher als beim Tabakraucher. Ich will mich hier nicht etwa für die Tabakraucher einsetzen, aber ich möchte verhindern, dass mit der Freigabe leichter Drogen ein weiteres Suchtmittel sich einfach so schrankenlos verbreiten kann.

Auch nach der Revision des Betäubungsmittelgesetzes müssen vor dem Gesetze alle gleich sein. Ein kokainabhängiger Top-Manager, eine Antidepressivum schluckende Hausfrau, ein im Ecstasy-Rausch bis zur völligen Erschöpfung die Nacht durchtanzender Student, ein regel-



► Nationalrat Simon Schenk Trubschachen (BE)

mässig bekiffter Schüler, Rekrut oder Autofahrer, ein heroinsüchtiger Junkie - sie alle betreiben an ihrem Körper Raubbau und verstossen gegen die Gesetze, genau gleich wie der mit verbotenen Substanzen betrügende Leistungs- oder Breitensportler. In allen Bereichen brauchen wir klare Leitplanken durch die Gesetze, entsprechende Kontrollen und Sanktionen. Mit der vorgeschlagenen Revision des Betäubungsmittelgesetzes geht man den Weg des geringsten Widerstandes. Zudem ist es ein Rückenschuss für alle Eltern und Erzieher, die sich bemühen, Jugendliche vor dem Abgleiten in die Drogensucht zu bewahren. ◀

## Bundesrat Deiss untragbar geworden

(SVP) Mit der Entschuldigung des Ringier-Konzerns ist offensichtlich geworden, dass sich Bundesrat Deiss bei der Absetzung von Thomas Borer von einer Lügengeschichte manipulieren liess. Ein Aussenminister, der sich von Boulevard-Kampagnen leiten und instrumentalisieren lässt,

droht zur Lachnummer der Öffentlichkeit zu werden und wird als Regierungsmitglied nicht mehr ernst genommen. Bundesrat Deiss wird so zum Sicherheitsrisiko und ist untragbar.

Bereits im April hatte die SVP mittels Interpellation die Fra-

ge aufgeworfen, ob Deiss noch tragbar sei. Die eklatante Führungsschwäche hat zu verschiedenen Pannen im EDA geführt. Die SVP fordert nun die Geschäftsprüfungskommissionen auf, eine Untersuchung im EDA anzustrengen. Zur Vermeidung weiteren Schadens sind die zahlreichen

offenen Fragen einer sofortigen Klärung zuzuführen.

Ein Aussenminister, der seine Politik von Falschinformationen und Boulevard-Kampagnen beeinflussen lässt, ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land. Joseph Deiss ist definitiv untragbar geworden. ◀

**Die Wirkung der Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch":**

# Noch ein Drittel Asylgesuche und halbierte Kosten!

Die Volksinitiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ über welche das Schweizer Volk am 24. November 2002 abstimmen wird, ist wohl die letzte Chance, um ein Asylchaos von der Schweiz abzuwenden. Mit ihrer Abhaltewirkung für Scheinflüchtlinge und illegale Einwanderer wird die Initiative die Zahl der Asylgesuche auf einen Drittel und die Kosten auf die Hälfte reduzieren. Profitieren werden die echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge.

Die für das Asylwesen verantwortliche Bundesrätin Ruth Metzler hat im Tagesanzeiger vom 6. Juli 2002 etwas treuherzig gesagt: „Zur Asylinsel sollten wir nicht werden.“

Tatsache ist: Die Schweiz ist längst zur attraktiven Asylinsel geworden, weil Bundesräte und gleichgesinnte Politiker, Parteien, Hilfswerke und andere Kreise die Missstände beschönigen und zum Teil eine „Asylpolitik der offenen Scheunentore“ betreiben. Und wir zahlen dafür jährlich Kosten in Milliardenhöhe.

## Konsequenzen einer falschen Politik

Statt die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge zu senken, tut der Bundesrat das Gegenteil: Er will beispielsweise neu den Status der so genannten „integrativen Aufnahme“ einführen für bestimmte Kategorien von Asylbewerbern - mit Familiennachzug und Arbeitsmöglichkeiten. Das würde bedeuten: Noch mehr Scheinflüchtlinge werden in die Schweiz kommen, und die meisten werden bleiben!

Ende Juni 2002 hielten sich rund 93'000 „Personen des Asylbereichs“ in unserem Land auf. Korrekterweise

müssen dazu noch jene 41'500 gezählt werden, die ab dem Jahr 2000 aus der Asylstatistik herausgenommen wurden und deren Aufenthalt jetzt „ausländerrechtlich“ geregelt wird. Es handelt sich um so genannt „humanitäre und andere fremdenpolizeiliche“ - also nicht mehr asylrechtliche - „Regelungen“. Die Statistik macht's möglich!

## Wirksame Missbrauchsbekämpfung

Die beiden wichtigsten Instrumente der Initiative sind die so genannte Drittstaatenregelung sowie die Sanktionen gegen Asylsuchende, deren Gesuch abgelehnt wurde oder welche die Vorschriften verletzen.

## Drittstaatenregelung

Wenn Asylsuchende über sichere Drittstaaten, in denen sie bereits ein Gesuch gestellt haben oder hätten stellen können, in die Schweiz kommen, so wird auf ihr Gesuch nicht eingetreten. Damit wird die freie Wahl des (bevorzugten) Asyllandes aufgehoben.

Die Drittstaatenregelung bringt, sofern sie mit einer schärferen Kontrolle an wichtigen Grenzabschnitten verbunden wird, eine massive Abhaltewirkung

gegen Scheinflüchtlinge. Abgewiesene Asylbewerber werden aufgrund der so genannten Rückübernahmeabkommen, welche die Schweiz mit den Nachbarstaaten abgeschlossen hat, in das entsprechende Herkunftsland überstellt. Die Aufnahme echter Flüchtlinge wird hingegen nach wie vor möglich sein.

## Sanktionen

Gesuchsteller, deren Gesuch abgelehnt oder auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, sowie vorläufig Aufgenommene, welche ihre Mitwirkungspflicht (vor allem bei der Identitätsabklärung) grob verletzen, werden schlechter gestellt. Sie erhalten stark reduzierte Fürsorgeleistungen.

Im Weiteren bringt die Initiative eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten sowie reduzierte medizinische Leistungen für Asylbewerber, welche sich rechtswidrig verhalten. Zudem werden Sanktionen gegen Fluggesellschaften ergriffen, welche Leute ohne genügende Identitätsprüfung in die Schweiz transportieren.

Insgesamt senkt die Initiative die Attraktivität der Schweiz für Asylbewerber auf den Stand der meisten europäischen Staaten. Die Gesuche werden sich auf rund einen Drittel reduzieren, die Kosten



► Nationalrat Hans Fehr  
Eglisau (ZH)

auf die Hälfte. Damit gewinnt der Bundesrat mehr Handlungsfreiheit. Er kann künftig eher Kontingente von echten Flüchtlingen aus Kriegsgebieten vorübergehend aufnehmen, weil unsere Aufnahmekapazität nicht bereits durch Scheinflüchtlinge und Asylmissbraucher erschöpft ist.

Die Volksinitiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ ist wohl die letzte Chance, um ein Asylchaos in unserem Land abzuwenden. Es gilt deshalb alles zu tun, damit diese Volksinitiative am 24. November 2002 angenommen wird. ◀

**Am 24. November  
JA zur SVP-  
Asylinitiative**

# Sicherheit Schweiz

Am 6. Juli hat die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Pratteln einen Forderungskatalog zur Sicherheit in unserem Land verabschiedet, der hier in leicht gekürzter Fassung abgedruckt wird.

## I. Sicherung der Grenzen

Das Problem der illegalen Einwanderung und des Asylrechtsmissbrauchs gäbe es nie in diesem Ausmass, wenn der Grenzschutz funktionieren würde. Insbesondere am Flughafen wäre dies einfach zu realisieren und besonders wichtig und dringlich angesichts der markanten Zunahme von Asylgesuchen aus Afrika.

→ Regelung der Sorgfaltspflicht für Fluggesellschaften bei der Kontrolle der Reisepapiere (Carrier Sanctions)

→ Restriktive Handhabung der Visumpflicht

→ Das Grenzwachtkorps ist personell aufzustocken und zur Überbrückung personeller Engpässe mit dem Festungswachtkorps und gegebenenfalls dafür ausgebildeten Durchdienstern zu verstärken.

## II. Abschreckung von Scheinflüchtlern und illegalen Einwanderern

Die Schweiz gilt als attraktives Zielland für Migrierende. Dieser Ruf wird sich mit der Verschärfung der Regelungen in anderen Ländern noch verstärken. Dies muss ändern.

→ Asylverfahren sind innert 2 Monaten, im Falle eines Rekurses innert 6 Monaten abzuschliessen.

→ Asylsuchende sind in zentralen Kollektivunterkünften unterzubringen.

→ Die Entwicklungszusammenarbeit mit Herkunftsländern von Asylsuchenden ist an Bedingungen zu knüpfen.

## III. Schutz vor kriminellen Asylsuchenden und Gewährleistung der Rückführung

Je grösser die Zahl der Asylsuchenden, desto einfacher ist es auch für Kriminelle, das Asylrecht zu missbrauchen, um sich in der Schweiz aufzuhalten.

→ Asylsuchenden sowie Auszuschaffenden ohne Papiere ist ein Gebiet zuzuweisen, das sie unter Haftandrohung bis zur Ausreise nicht verlassen dürfen.

→ Ist die Heimkehr von vorläufig Aufgenommenen erschwert, sind Rückführungen in Flüchtlingslager vor Ort, d.h. nahe den Herkunftsgebieten, anzustreben.

→ Für renitente Asylsuchende ist die Haftdauer zu verlängern und das Haftregime strenger zu führen.

→ Gewalttätige bzw. kriminelle Asylsuchende sind bis zu ihrer Ausschaffung zu inhaftieren. Die einschränkende maximale Haftdauer ist in schweren Fällen aufzuheben.

## IV. Verbesserung der Sicherheit in den Städten

Delikte gegen Leib und Leben nehmen zu. Die Städte sind überdies besonders betroffen durch Drogendelikte und Vandalismus.

→ Wo Handlungsbedarf im Sicherheitsbereich besteht, sind die kantonalen und städtischen Polizeikorps primär in diesem Bereich einzusetzen und nötigenfalls aufzustocken.

→ Jegliche Angriffe auf Personen des öffentlichen Dienstes sind zum Offizialdelikt zu erklären.

→ Drogen- und Menschenhändler sind konsequent zu inhaftieren. Zudem haben diese Delikte bei Straftätern mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwingend zu einer Wegweisung bzw. zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung zu führen.

→ Vandalismus an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, aber auch Sachbeschädigung an privatem Eigentum sind strikte zu verfolgen und mit Haft zu belegen.

*Die Delegierten der SVP Schweiz sind besorgt über die wachsende Zahl von Gewaltdelikten in der Schweiz. Insbesondere die Ausländerkriminalität, aber auch der Asylrechtsmissbrauch sind alarmierend. Sie fordern die nationalen, aber auch die kantonalen und kommunalen Parlamentarier und andere Verantwortungsträger auf, sich für die in diesem Papier dargelegten kurz- und mittelfristigen Massnahmen zur Verbesserung der Situation einzusetzen.*

## V. Bekämpfung von Gewalt unter Jugendlichen

Zu den Ursachen für Gewalt an den Schulen und in den Jugendtreffpunkten gehört unter anderem der Missbrauch von Drogen und Alkohol. Dort muss die Prävention ansetzen. Gleichzeitig sind Sanktionsmöglichkeiten zu schaffen, um Regelungen auch durchzusetzen und die Eltern in die Verantwortung mit einzubinden.

→ An den Schulen sind Alkohol-, Drogen- und Waffenverbote durchzusetzen.

→ Ausländischen Familien, deren Kinder in der Schule mehrfach gewalttätig wurden, ist die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung zu verweigern.

**NOSER**  
...für dekoratives Licht!

**...the swiss brand!**

www.noserlight.ch

## Zunehmende Gewalt - wer ist verantwortlich?

**Strassenschlachten mit Molotow-Cocktails, Geiselnahmen, bewaffnete Raubüberfälle, Messerstechereien, Schüsse auf offener Strasse, Morde. Die schwarze Serie, die der Kanton Neuenburg letzthin durchgemacht hat, hat auf eine tragische Art und Weise die markante Zunahme der Gewalt in unserem Land aufgezeigt.**

Sogar die Sozialdemokraten nehmen sich dieses Problems an, während noch vor einigen Wochen die Überlegungen der SVP als rein populistisch abgetan wurden. Es ist schwierig, der Bevölkerung erklären zu wollen, die Kriminalität nehme nicht zu, wenn die bernische Polizei in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gleich viele Morde gezählt hat wie 2000 und 2001 zusammen! Die zunehmende Unsicherheit beruht auf Tatsachen,

nicht auf Gefühlen. Es ist nicht erstaunlich, dass sich gerade die Linke des Problems der Unsicherheit annimmt. Es ist stets der Schöpfer, der sein Werk am besten kennt. Unsere politischen Gegner, allen voran die SP, tragen in der Tat viel Verantwortung für das Geschehene. Seit vielen Jahren wird unsere rechtliche Ordnung untergraben. Moratorien für die Ausweisung krimineller Asylbewerber, äusserst lasche Anwendung von

Zwangsmassnahmen, immer weniger Strafen trotz zunehmender Gewalt. Im Mittelpunkt der staatlichen Sorge stehen die Kriminellen und nicht die Opfer.

Der Zustand einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Für die Schweiz ist das Resultat vernichtend. 1997 hat eine Studie gezeigt, dass ein Fünftel der Frauen in unserem Land unter Gewalt in der Ehe leidet. Seit 1998 untersucht im Kanton Neuenburg eine multidisziplinäre Arbeitsgruppe das Problem. Vielleicht gibt es eines Tages ein Resultat. In der Zwischenzeit sind viele Frauen bei der Notfallaufnahme des Spitals eingeliefert worden oder mussten sogar ihr Leben lassen. Die Täter waren vielfach der Poli-

zei bekannt, unternommen wurde nichts.

Das gleiche Phänomen ist bei den Kindern zu beobachten. Wie viele Leben wurden durch Pädophile verpfuscht oder sogar ausgelöscht? Wie viele Opfer braucht es noch, bis endlich das Recht der Gesellschaft auf Schutz wieder höher gewichtet wird als das Recht Krimineller auf Freiheit?

Eine der grundsätzlichen Aufgaben des Staates besteht darin, den Schutz der Menschen und der Güter sicherzustellen. Bedauerlicherweise sind wir von der SVP die einzigen, die sich daran erinnern. ◀

**Yvan Perrin**  
Präsident SVP Neuenburg

# STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

## Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG  
9565 Bussnang

Telefon 071 626 20 20

E-Mail [stadler.bussnang@stadlerail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerail.ch)





# Bankkundengeheimnis in die Bundesverfassung

**Diskretion und Privatsphäre sind wertvolle und schützenswerte Güter. Dazu gehört auch, dass der Staat und Private nicht jederzeit auf die finanziellen Verhältnisse und Verhaltensweisen der Bürger Zugriff haben.**

Der Finanzplatz Schweiz beschäftigt rund 6% der Erwerbstätigen unseres Landes und trägt rund 12% zum Bruttoinlandprodukt (Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr im Inland hergestellt bzw. erbracht werden) bei. Rund 20% der Fiskaleinnahmen in der Schweiz rühren vom Finanzplatz her. Die Schweiz verfügt über ein exzellentes fachliches Know-How in der Vermögensverwaltung und hat sich durch einen hohen Grad an Innovation ausgezeichnet.

## Kritik am Finanzplatz

Kritik am Finanzplatz Schweiz kommt in den letzten Jahren immer wieder von wichtigen europäischen Konkurrenzstaaten, die eine Gefährdung ihres Steuersubstrates befürchten. Dabei muss festgehalten werden, dass die Schweiz bereits heute ausgedehnte Rechts- und Amtshilfe zur Bekämpfung der Finanzkriminalität auch im Steuerbereich leistet. Denn auch in der Schweiz ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern wird streng bestraft. Das Problem der Steuerhinterziehung wurde in der Schweiz nach dem 2. Weltkrieg mit der Verrechnungssteuer wirksam gelöst. Die EU hat anstelle einer einfachen Verrechnungssteuer den Weg der Zahlstellensteuer gewählt. Dabei handelt es sich um Zinsen, die

von einer in einem EU-Mitgliedstaat ansässigen Zahlstelle (z.B. einer Bank) an eine natürliche Person, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als tatsächlich Begünstigte steuerpflichtig ist, ausbezahlt werden. Um diese Besteuerung sicherzustellen, will die EU ein System des automatischen Informationsaustausches zwischen ihren Mitgliedstaaten einführen.

**Die SVP-Fraktion der eidgenössischen Räte hat folgende Parlamentarische Initiative eingereicht:**

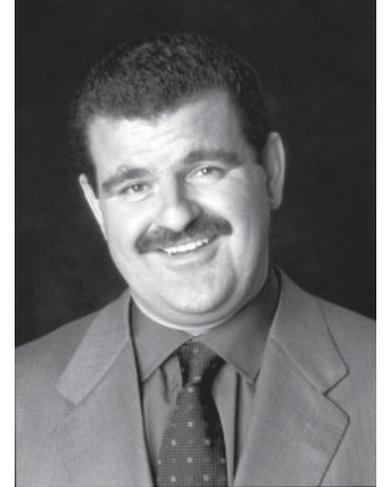
**Die Bundesverfassung ist wie folgt zu ergänzen:**

**Art. 13 Abs. 3 (neu): „Das Bankkundengeheimnis ist gewährleistet.“**

## Aushöhlung Bankkundengeheimnis

Gemäss Richtlinienentwurf der EU vom 20. Juni 2002 in Feira haben sich die Finanzminister der EU darauf geeinigt, dass das sog. Koexistenzmodell – ein geduldetes Nebeneinander von Quellensteuer und Zahlstellensteuer – durch das Meldesystem abgelöst werden soll. Drittstaaten wie die USA, die Schweiz, Liechtenstein, San Marino, und Andorra wären davon zwar ausgeschlossen. Mit den bilateralen Verträgen II soll

die Schweiz jedoch nach einer siebenjährigen Übergangszeit in das EU-System eingebunden werden. Es sind „Auskünfte auf breitestmöglicher Basis“ über die Auszahlung von Zinsen an einen "Steuerausländer" an dessen zuständige Steuerbehörde zu erteilen, damit dessen Besteuerung im Sitzstaat sichergestellt werden kann. **Ein solches Meldeverfahren würde das Ende des Schweizer Bankkundengeheimnisses und damit auch das Ende der verfassungsmässigen Garantie auf unsere Privatsphäre bedeuten.**



► Nationalrat Peter Spuhler, Unternehmer, Weiningen (TG)

## Sistierung Bilaterale II

Obwohl ein solcher Schritt unabsehbare Nachteile für den Wirtschafts- und Finanzplatz der Schweiz zur Folge hätte, hat der Bundesrat bereits im Januar 2002 die Mandate in allen zehn Dossiers der Bilateralen II verabschiedet. In der Zwischenzeit hat auch der Allgemeine Rat der EU die Verhandlungsmandate verabschiedet. Am 18. Juni fand in

ralen II zu sistieren. Es gilt zuerst einmal mit den kürzlich in Kraft getretenen Bilateralen I Erfahrungen zu sammeln und in ein paar Jahren eine klare Bilanz der Vor- und Nachteile für die Schweiz zu ziehen.

## AG und ZH schliessen sich SVP an

Die SVP hat auch in einigen kantonalen Parlamenten (SO, SG, BS, SZ, AG, ZH) eine gleich lautende Standesinitiative zur Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung eingereicht. Sowohl im Kanton Aargau als auch im Kanton Zürich war sie bereits erfolgreich. Der Grossrat bzw. der Kantonsrat hat die entsprechenden Anträge auf eine Standesinitiative an die Regierung überwiesen. ◀

***Dabei muss festgehalten werden, dass die Schweiz bereits heute ausgedehnte Rechts- und Amtshilfe zur Bekämpfung der Finanzkriminalität auch im Steuerbereich leistet.***

Bern die 1. Verhandlungsrunde im Bereich der Zinsbesteuerung statt. Die SVP hat deshalb bereits Mitte April eine Parlamentarische Initiative eingereicht, die verlangt, dass das Bankkundengeheimnis in der Bundesverfassung zu verankern ist. Ebenfalls forderte sie den Bundesrat auf, die Verhandlungen der Bilate-



# SVP muss Revision des Betäubungsmittelgesetzes verhindern

Gegenwärtig befindet sich das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) in Revision. Einer der wichtigsten Änderungsvorschläge aus dem Departement von Bundesrätin Dreifuss ist die Legalisierung von Drogenhanfanbau und -konsum.

Aus der Sicht einer SVP-Frau und Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung "Eltern gegen Drogen" die sich seit 12 Jahren intensiv mit Drogenfragen und -problemen auseinandersetzt, wird nachfolgend auf einige Auswirkungen dieser vorgeschlagenen Gesetzesänderung eingegangen.

## Faser- und Drogenhanf (Cannabis)

Seit Jahren werden von den Befürwortern einer Drogenhanffreigabe die Begriffe Faser- und Drogenhanf absichtlich vermischt, was zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung, aber auch bei vielen Politikern und Politikerinnen geführt hat.

Den (Drogen-)Hanffreunden ist es 1995 gelungen, vom Bund eine Freigabe des Hanfanbaues zu erzwingen. Allerdings darf nur die suchstoffarme Hanfsorte "Fedora/Felina 34" eingesetzt werden, aus welcher Zellstoffe für Papier und Gewebe und Seile hergestellt werden können. Doch bald merkten die Hanfanbauer, dass mit Faserhanfanbau wie zu Gotthelfs Zeiten wenig zu verdienen ist. Die Kontrollbehörden sind ausserdem mit der Überprüfung der rauscherzeugenden Substanz THC (Tetrahydrocannabinol), die nicht mehr als 0.5 % betragen darf, überfordert. Hier nur vier Probleme in diesem

Zusammenhang:

- In welcher Wachstumsphase soll der Suchstoffgehalt geprüft werden?

- Wie viele Proben pro Feld sollen erhoben werden?

- Wer zahlt die hohen Kontrollkosten?

- Wer rekrutiert die notwendigen Fachpersonen?

So wurden das BetmG und die Hanfanbauvorschriften in den letzten Jahren immer wieder unterlaufen, und damit unsere demokratischen Regeln in Frage gestellt. Im Jahre 2001 z.B. ist die Drogenhanfernte auf mehr als 1000 Tonnen angewachsen, mit Hanf als hochpotenter Rauschdroge mit einem Suchstoffgehalt 10 Mal stärker als in den 60er und 70er Jahren.

Je grösser das Angebot von Drogenhanf ist, desto massiver ist die Ausweitung des Konsumentenkreises. Immer mehr Minderjährige beginnen zu kiffen. Hauptumsatzträger waren die so genannten Schlafkissen, welche eine Füllung von rauchbarem Drogenhanf enthalten. Ob die kiffenden Jugendlichen als Folge ihres Drogenkonsumes in der Schule oder der Lehrstelle in Schwierigkeiten geraten, scheint die (Drogen-)Hanflobby nicht zu kümmern. Die Hauptsache ist: der Rubel rollt (ca. 1 Mia. Fr. pro Jahr)!!

## Drogenhanf als Heilmittel

Da Behörden, Justiz und Polizei, aber auch viele Bauern die dreisten Drogenhanfdealer und ihre Irreführungstaktik langsam erkannt haben, preisen diese neuerdings Drogenhanfprodukte als wohltuende Heilmittel an. Zwar ist schon lange bekannt, dass die rauscherzeugende Substanz THC als Antibrechmittel bei Krebspatienten, als Entspannungsmittel bei schmerzhaften Muskelkrämpfen (MS-Patienten und Querschnittgelähmten) oder zur Senkung des Augeninnendruckes gegen den Grünen Star eingesetzt werden kann. Doch schon heute kann beim Bundesamt für Gesundheit eine Sondergenehmigung eingeholt oder das THC-Medikament Marinol eingesetzt werden. Dafür darf das BetmG keinesfalls geändert werden.

## Drogenhanf und Alkohol

Auch das Argument, Alkohol sei eine gefährlichere Substanz als Drogenhanf und trotzdem legal, ist nicht akzeptabel. Alkohol ist eine genau definierte, wasserlösliche Substanz. Sie ist berechenbar, wird um rund 0.1 Promille pro Stunde aus dem Körper ausgeschieden. Drogenhanf hingegen besteht aus über 400 chemischen Substanzen, wobei das rauscherzeugende THC fettlöslich ist. Es lagert sich vor allem im Gehirn ab, und es dauert eine ganze Woche, bis die Hälfte des THC von nur einer Haschischzigarette abgebaut ist. "Flash-Backs", plötzliche unvorhersehbare Rauschzustände, die noch bis zu einem Monat nach dem letzten Drogenhanfkonsum auftreten können, ge-



► Sabina Geissbühler-Strupler, Primar- und eidg. dipl. Turn-/Sportlehrerin, Mutter von 4 erwachsenen Kindern

fährden den Konsumenten und seine Umgebung. Denn das Kurzzeitgedächtnis wird gestört, die Konzentration verringert und die Aufmerksamkeit und Reaktion beeinträchtigt. Versuche von Piloten im Flugsimulator, aber auch Tests bei Autofahrern zeigten schon nach dem Rauchen einer Haschischzigarette verheerende Auswirkungen.

Anstatt sich über den Leistungsabfall und die Demotivation von Schülern und Lehrlingen zu empören, muss endlich ein Pakt zwischen Jugendlichen, Eltern, Lehrpersonen, Lehrmeistern und Behörden gegen die in der Schweiz einmalig aggressive Drogenhanflobby geschlossen und das bestehende BetmG durchgesetzt statt revidiert werden! ◀



## Steuern senken - an die Zukunft denken

**Die Finanzprobleme der Eidgenossenschaft haben beunruhigende Ausmasse angenommen. In den vergangenen dreissig Jahren nahm die Staatsquote von 26 auf 38 Prozent zu. Unsere Schuldenlast beträgt mittlerweile weit über 100 Milliarden Franken. Diese Probleme hinterlassen wir der jungen Generation. Umso wichtiger ist es, dass am 22. September die AHV-Goldinitiative angenommen wird.**

Im Sommer 1999 sammelte die FDP Unterschriften für ihre „Steuerstopp-Initiative“. Die Idee war nicht schlecht, die Umsetzung aber katastrophal: Das Projekt musste in aller Stille beerdigt werden. Warum ist es denn so wichtig, die Steuern zu senken? Wäre es nicht viel wichtiger, Schulden zurückzuzahlen? Nein, denn nur eine Steuersenkung zwingt den Staat wirklich zum Sparen. Und nur so bringen wir den Staatshaushalt in Ordnung, nur so können wir der Defizitwirtschaft ein Ende setzen. Wenn die Einnahmen weiterhin ansteigen, werden auch die Ausgaben weiter wachsen.

Noch bevor er Finanzminister wurde, meinte Kaspar Villiger, nachdem die maroden Bundesfinanzen den politischen Handlungsspielraum stark einschränkten, sei die „Frage nach Umfang und Schwergewichten staatlicher Aufgabenerfüllung“ schnell zu beantworten (NZZ vom 20.10.1994). Die FDP kritisierte am selben Tag, die Sparmassnahmen gingen zu wenig weit, es brauche „noch grössere Einsparungen“. Seither sind acht Jahre vergangen, und die Freisinnige Partei hat munter fast allen Mehrausgaben, aber auch fast allen Steuererhöhungen zugestimmt...

Mit dieser unverantwortlichen und wenig weitsichtigen Finanzpolitik wird nicht nur die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz weiter in Frage gestellt, sondern es werden auch Mittel gebunden, welche bedeutend produktiver eingesetzt bzw. überhaupt eingespart und damit dem einzelnen Bürger überlassen werden könnten. So würden Konsum und Kaufkraft steigen.

Auch aus diesem Grund ist es wichtig, am 22. September Ja zur AHV-Goldinitiative zu stimmen. Einzig so wird sichergestellt, dass die über 20 Milliarden Franken die Staatsquote nicht weiter in die Höhe treiben, sondern dem Volk – d.h. jedem einzelnen Bürger – zurückgegeben werden. So zahlen wir weniger Mehrwertsteuern, und allen bleibt mehr zum Leben. Über 1 Milliarde Franken kann pro Jahr in die AHV investiert werden. Dies ist gerade angesichts der offenen Fragen zum BVG von besonderer Wichtigkeit. ◀

**Gregor A. Rutz, Generalsekretär**

## BVG: Fakten statt Filz!

**(SVP) Die SVP ist nicht gewillt, die vom Bundesrat handstreichartig beschlossene Rentenkürzung in der 2. Säule ohne Weiteres hinzunehmen. Sie hat die Landesregierung aufgefordert, keinen Entscheid zu fällen, bevor völlige Transparenz besteht und die Auswirkungen auf die Altersvorsorge bekannt sind.**

Zu den Grundrechten, die der Staat garantieren muss, gehört der Schutz des Eigentums. Deshalb hat die SVP auch die AHV-Goldinitiative lanciert, damit das Volksvermögen nicht für irgendwelche netten Projekte und Ideen verschleudert wird, sondern einen Beitrag an die dringend notwendige längerfristige Sicherung der AHV leistet. Im BVG-Bereich bedeutet dies, dass die SVP höchsten Wert darauf legt, dass die knappen Mittel von Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern, welche in diese eigenverantwortliche Form der Altersvorsorge einbezahlt werden, sorgfältig und im Interesse der Beitragszahler (Eigentümer) bewirtschaftet werden.

Schwierig ist die Situation insbesondere für KMU, die sich für BVG-Anlagen vollständig auf die Sammelstiftungen der grossen Versicherer verlassen müssen.

Der Bundesrat konnte bis heute sein überstürztes Han-

deln nicht plausibel machen. Auch die Erklärungen von Bundesrätin Ruth Metzler brachten kein neues Licht in die Angelegenheit. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass der Einfluss von FDP-Spitzenpolitikern, die in Verwaltungsräten grosser Versicherungen sitzen (Parteipräsident Gerold Bühler, Rentenanstalt, Fraktionschefin Christine Beerli, kürzlich bei der Rentenanstalt abgesprungen), und von CVP-Lobbyisten in diesem Rentenkürzungsent-

scheid von grosser Bedeutung war.

Für die SVP ist klar, dass ein Entscheid erst gefällt werden darf, wenn für die letzten 10 Jahre eine lückenlose Transparenz der Versicherer vorliegt (Ausbezahlung der Überschussanteile, die Reservensbildung, die Auszahlung an Aktionäre, die Verwaltungskosten, die Entschädigungen an Verwaltungsräte, Beiräte und Geschäftsleitung) vorzulegen haben. Die Pensionskassen haben ihre Verantwortung in Form von Transparenz gegenüber dem Versicherungsnehmer (Eigentümer) wahrzunehmen und der Staat hat das Privateigentum ohne Wenn und Aber zu schützen. ◀

# Wechseln Sie jetzt zu profiTEL:



**Toni Brunner**  
**Vize-Präsident SVP Schweiz**

„Wechseln auch Sie zu profiTEL. Sie profitieren von günstigen Tarifen und unterstützen mit 10% Ihrer Telefongebühren die wertvolle Arbeit unserer Partei.

Besten Dank für Ihre Anmeldung.“

- **Sie unterstützen unsere Partei mit 10% Ihrer Telefongebühren.**
- **Sie behalten Ihre bisherige Nummer. Es ist keine technische Installation nötig.**
- **Sie telefonieren mit günstigen Tarifen.**
- **Die Umschaltgebühr übernimmt profiTEL für Sie.**

Alle Ortsparteien, die bis 31. August 2002 10 Neukunden anmelden, erhalten von der profiTEL 1000 Franken in Cash.

(Wenden Sie sich an Ihren Ortsparteipräsidenten!)

## Anmeldung

Sie müssen nur das Anmeldeformular ausfüllen ..... und alles Andere erledigen wir für Sie!

Ja, ich melde mich an und unterstütze mit 10% meiner Gesprächsgebühren die SVP, ohne dass dabei die Preise erhöht werden.

Herr       Frau

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... Postfach .....

PLZ/Ort ..... E-Mail .....

Telefon ..... Geburtsdatum (freiwillig) .....

Fax .....

ISDN .....

Bei einem ISDN-Anschluss geben Sie bitte alle ISDN-Nummer an.

Bitte hier Ihre zu unterstützende Kantonal- und Ortssektion eintragen: .....

X Ort/Datum ..... X Unterschrift .....

profiTEL AG, Grindelstrasse 5, 8303 Bassersdorf, Telefon 0840 400 200, Fax 0840 400 300

www.profitel.net, info@profitel.net

SVP.0207.1.d



# So geht es nicht!

**Wir erinnern uns alle: Im Dringlichkeitsverfahren genehmigten der Bundesrat sowie die Finanzdelegation letzten Herbst einen Verpflichtungskredit von 3,1 Milliarden Franken betreffend Übernahme der Risikogarantie für den Flugbetrieb der Swissair anstelle der Versicherungsgesellschaften.**

Ferner bewilligten der Bundesrat und die Finanzdelegation nach dem Swissair-Grounding einen Zahlungskredit von 450 Millionen Franken bezüglich Wiederaufnahme und Weiterführung des Flugbetriebes bis Ende Oktober 2001. Eine weitere Milliarde für die Weiterführung des Swissair-Flugbetriebes bis Ende März 2002 wurde ebenfalls als dringlicher Kredit durch den Bundesrat und die Finanzdelegation gutgeheissen. Schliesslich wurde ein Verpflichtungskredit von 600 Millionen Franken bewilligt zwecks Beteiligung des Bundes an der Kapitalerhöhung der Crossair.

## Mangelhaftes Finanzhaushaltsgesetz

Das Swissair-Debakel hat gezeigt, dass bei Dringlichkeit Bundesrat und Finanzdelegation Kredite in unbegrenzter Höhe unter Ausschaltung des Parlamentes beschliessen können. Dies obschon gemäss Verfassung die Budgethoheit und damit die Ausgabenkompetenz ausschliesslich dem Parlament zugeordnet

ist. Nach geltendem Recht entscheidet der Bundesrat praktisch allein, ob eine dringliche Situation vorliegt und ob es möglich ist, vorgängig die Finanzdelegation zu konsultieren und deren Zustimmung einzuholen. Ohne Kontrollmöglichkeit kann demnach der Bundesrat bei Annahme der Dringlichkeit die ganze Ausgabenkompetenz in unbegrenzter Höhe dem Parlament wegnehmen und an sich ziehen. Dies kann und darf nicht sein!

## Korrektur des Demokratiedefizites

Das dargestellte offensichtliche Demokratiedefizit muss korrigiert werden. Das Parlament ist die oberste Staatsgewalt und trägt die Gesamtverantwortung. Es ist eine Verletzung der Gewaltentrennung und wird auch vom Volk nicht verstanden, wenn die klare Zuständigkeit der Eidgenössischen Räte bei der Genehmigung von hohen Krediten mit dem blossen Hinweis auf Dringlichkeit umgangen werden kann. Das Demokratieprinzip muss wieder herge-

stellt und die demokratische Kontrolle sichergestellt werden.

## Die SVP verlangt Verbesserungen

Mit dem Ziel, die demokratische Kontrolle zu sichern, hat die SVP-Fraktion am 10. Dezember 2001 eine parlamentarische Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht. Konkret werden zwei Änderungen des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) verlangt. Die Initiative fordert mit einer Neuformulierung von Art.18 des FHG, dass der Bundesrat nicht wie bisher unbegrenzt, sondern nur bis zu einem Maximalbetrag von 100 Millionen Franken einen dringlichen Nachtragskredit beschliessen kann. Wenn die Ausgabe den Betrag von 100 Millionen überschreitet ist in jedem Fall die Zustimmung der Eidgenössischen Räte einzuholen. Die gleiche Limite wird sinngemäss auch für dringliche Verpflichtungskredite durch die Revision von Art. 31 des FHG verlangt.

Die vorberatende Staatspolitische Kommission des Natio-



► Nationalrat Rudolf Joder, Belp

nalrates hat an ihrer Sitzung von anfangs Juli sehr deutlich mit 17 zu 5 Stimmen zugestimmt und damit die Weiterbearbeitung der SVP-Initiative beschlossen.

## SVP stösst auf breite Unterstützung

Als nächster Schritt wird die Staatspolitische Kommission des Nationalrates die rechtliche Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes im einzelnen vorzubereiten haben. Es ist das Verdienst der SVP, als erste politische Partei die dringend notwendigen Korrekturen zur Wiederherstellung der Demokratie nach dem Swissair-Debakel eingeleitet zu haben. ◀

## KURZ MELDUNGEN

### Kanton Freiburg

Am 17. Juni 2002 wurde in Düdingen eine SVP-Ortssektion gegründet.

**Bitte melden Sie Sektionsgründungen zur Veröffentlichung umgehend dem SVPja (svpja@svp.ch)**

**Die nächste Delegiertenversammlung findet am 24. August in Lugano statt.**

**Veranstaltungen zur AHV-Goldinitiative finden Sie auf Seite 16.**

**Am 22. September  
JA zur  
AHV-Goldinitiative  
NEIN zum Gegenvorschlag  
von Bundesrat und Parlament**



# Veranstaltungen zur AHV-Goldinitiative

**Grellingen (BL)**, Restaurant Chez Georges  
Di, 13.8., 20.00 h  
NR T. Brunner (SVP) und  
SR C. Brunner (SP)

**Holziken (AG)**, Mehrzweckhalle  
Mi, 14.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
NR U. Hofmann (SP)

**Sennwald (SG)**, Mehrzweckhalle  
Do, 15.8., 19.30 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
SR T. Maissen (CVP)

**Hochdorf (LU)**, Kulturzentrum Brauerei  
Sa, 17.8., 14.30 h  
NR H. Fehr (SVP)

**Mörschwil (SG)**, Buure-Zmorge bei Fam. Mader in Aachen  
So, 18.8.

**Hasle (LU)**, Restaurant Engel  
Mo, 19.8., 20.00 h  
NR U. Schliker (SVP) und  
NR H. Estermann (CVP)

**Brunnadern (SG)**  
Di, 20.8., 20.00 h  
NR T. Brunner (SVP) und  
SR E. Forster (FDP)

**Yverdon (VD)**, Buffet de la Gare  
Di, 20.8., 20.00 h  
NR J. Fattebert (SVP) und  
SR M. Berger (FDP)

**Neckertal (SG)**  
Di, 20.8., 20.00 h  
NR T. Brunner (SVP) und  
SR E. Forster (FDP)

**Zug (ZG)**, Hotel Guggital  
Di, 20.8., 20.00 h  
NR U. Schliker (SVP)

**Tamins (GR)**, Mehrzweckhalle  
Di, 20.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
NR F. Walker (SVP)

**Gretzenbach (SO)**, Schulhaus Meridian  
Mi, 21.8., 20.00 h  
KR W. Wobmann (SVP) und  
NR A. Heim (CVP)

**Aarberg (BE)**  
Do, 22.8., 20.00 h  
NR H. Wandfluh (BE)

**Wangen (SZ)**, Mehrzweckgebäude  
Do, 22.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
SR V. Spoerry (FDP)

**Dürnten (ZH)**, Mehrzweckhalle Blatt  
Fr, 23.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
SR V. Spoerry (FDP)

**Zollikon (ZH)**, Gemeindesaal  
Mo, 26.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP), SR V. Spoerry (FDP) und  
NR R. Aepli Wartmann (SP)

**Schmerikon (SG)**, Hotel Seehof  
Mo, 26.8., 20.00 h  
NR T. Brunner (SVP)

**Neuheim (ZG)**, Rest. Schäfli  
Di, 27.8., 20.00 h  
NR T. Bortoluzzi (SVP)

**Schenkon (LU)**, Begegnungszentrum  
Di, 27.8., 20.00 h  
NR O. Laubacher (SVP) und  
SR F. Wicki (CVP)

**Pfeffingen (BL)**  
Di, 27.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP)

**Zofingen (AG)**, Stadthalle  
Di, 27.8., 20.15 h  
GR S. Flückiger (SVP) und  
NR D. Leuthard (CVP)

**Treyvaux (FR)**  
Mi, 28.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP)

**Mörschwil (SG)**, Gemeindesaal  
Mi, 28.8., 20.00 h  
NR T. Brunner (SVP), NR P. Weigelt (FDP),  
KR B. Peter (CVP) und SP-Vertreter

**Düdingen (FR)**, Bahnhofbuffet  
Do, 29.8., 20.00 h  
NR T. Bortoluzzi (SVP) und  
NR E. Jutzet (SP)

**Oberglatt (ZH)**, Chliriethalle  
Do, 29.8., 20.00 h  
NR C. Blocher (SVP) und  
NR R. Aepli (SP)

**Spiez (BE)**  
Do, 29.8., 20.00 h  
NR H. Wandfluh (SVP)

**Wohlen (AG)**  
Do, 29.8.  
NR L. Stamm (SVP), GR L. Füglistaller (SVP) und  
NR P. Bruderer (SP)

**Mont-sur-Rolle (VD)**, Grande salle  
Do, 29.8., 20.00 h  
NR A. Bugnon (SVP) und  
NR A.-C. Ménétrey-Savary (Grüne)

Das Generalsekretariat hilft Ihnen gerne bei der Suche nach Referenten für Ihre Veranstaltung.

## Für Standaktionen und Buure-Zmorge

### Bestellen Sie T-Shirts, Unterlagen und Werbematerial



T-Shirts (20.- Fr.) ..... XXL ..... XL ..... L ..... M ..... S ..... Kinder (Grösse angeben)

Switcher T-Shirts, gelb, vorne mit dem Säuli der AHV-Goldinitiative, hinten unbedruckt

.....	Expl.	Plakat B4	89,5 x 128 cm
.....	Expl.	Kleinplakat	A3, 29,7 x 42 cm
.....	Expl.	Argumentarium	
.....	Expl.	Flugblatt	A5, 14,8 x 21 cm



Verteilen Sie Flugblätter in alle Briefkästen Ihrer Gemeinde! Gegen entsprechende Bezahlung übernimmt die Post die Arbeit für Sie.

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch